

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD****Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen – ein Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels**

Um dem Fachkräftemangel in Deutschland entgegenzuwirken, müssen die Potenziale derjenigen anerkannt und genutzt werden, die bereits hier leben. Ein Schritt dahin ist, das komplexe System der Bewertungen und Anerkennungen von im Ausland erworbenen Abschlüssen auf Praktikabilität zu überprüfen.

Gegenwärtig lassen die hohen Arbeitslosenquoten von Migrantinnen und Migranten den Eindruck entstehen, sie hätten ein niedriges Bildungsniveau und geringe Berufsqualifikationen. Tatsache ist aber, dass viele der bereits in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten schulische, universitäre oder auch berufliche Qualifikationen aus ihren Herkunftsländern mitbringen, mit denen sie die Voraussetzungen für anspruchsvolle Arbeitsplätze erfüllen. Um sich jedoch auf dem deutschen Arbeitsmarkt nachhaltig etablieren zu können, ist es in diesen Fällen notwendig, die im Ausland erworbenen Abschlüsse auf Übertragbarkeit zu überprüfen und gegebenenfalls Qualifikationen und Zertifikate nachträglich zu erwerben. Die Anerkennung der mitgebrachten Abschlüsse ist meist kompliziert und häufig gar nicht möglich. Statt der Aufnahme von qualifizierter Arbeit bleibt dann ungelernte Arbeit die einzige Chance, den Lebensunterhalt eigenständig zu bestreiten. Dequalifizierung ist die Folge, und Talente und Potenziale bleiben ungenutzt.

Diese Problematik haben die zuständigen Stellen auf Bundes- und Landesebene erkannt und erste Aktivitäten entwickelt. So ist eine jährliche Berichtspflicht des Bundes zur Thematik der Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinbart. Das Bundesarbeitsministerium hat Maßnahmen zur Anpassung und Nachqualifizierung zugewanderter Akademiker/-innen initiiert, die teilweise aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert werden.

Um Qualifizierungsressourcen zielgerichteter einsetzen zu können, bessere berufliche Perspektiven zu eröffnen und gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, ist es notwendig, den Betroffenen bessere Informationen zur Verfügung zu stellen, sie gebündelt zu veröffentlichen und Barrieren der Bewertung und Anerkennung abzubauen.

Abgesehen von der Verwertung der formalen Qualifikationen für die Aufnahmegeellschaft geht es integrationspolitisch auch darum, die bei Migrantinnen und Migranten vorhandenen und mitgebrachten Potenziale zu erkennen, anzuerkennen und zu nutzen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. gemeinsam mit anderen Bundesländern an den oben beschriebenen Maßnahmen zur Verbesserung der Anerkennung beruflicher akademischer und nicht-akademischer Qualifikationen mitzuwirken und sich für die Vereinheitlichung der Anerkennungsverfahren unter Einbeziehung der EU-Richtlinien einzusetzen,
2. einen mehrsprachigen Wegweiser zu erstellen, der zur Verbesserung des Informationszugangs der Betroffenen beiträgt und auf den Internetseiten der senatorischen Dienststellen zentral eingestellt wird,

3. der Bürgerschaft (Landtag) bis Frühjahr 2009 einen ersten Zwischenbericht vorzulegen, der über die unter Punkt 1 ergriffenen Maßnahmen berichtet und Empfehlungen zur Verbesserung der Bremer Anerkennungspraxis ausspricht und
4. der Bürgerschaft (Landtag) darzulegen, welche weiteren Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik (u. a. Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten, Berufsfachsprache Deutsch, Qualifizierungsmaßnahmen) von den Bremer Behörden sowie den Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften zur besseren beruflichen Eingliederung von Migrantinnen und Migranten ergriffen werden.

Dr. Zahra Mohammadzadeh, Anja Stahmann, Silvia Schön,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Helga Ziegert,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD